



## Post an ...

## Mein lieber Peter Harry,

jetzt kommt ja wieder Leben in die Bude. Nachdem du erst noch auf Tingeltour warst, wie zum Beispiel der Eröffnung der Karl-May-Festspiele und Kieler Woche beizuwohnen, war da noch der Empfang der neuen Hamburger Landesspitze. Da war schon deutlich zu spüren, dass die erst einmal auf Distanz gehen und vermutlich warten, bis ihre Genossen hier am Ruder sind. Ansonsten wurde das Sommerloch noch mit deinen Pensionsvorbereitungen gestopft. Du versammelst jetzt also die fleißigen Bienen als Ersatz deiner fleißigen Landesdiener um dich. Aber pass auf, die Bienen reagieren schneller und härter, wenn sie gereizt werden. Das Treffen mit guten Freunden wird sicher noch so manche Überraschung für dich bereiten. Pass man mal auf, wenn die Macht weg ist, verschwinden auch die guten Freunde. Dann werdet ihr also auf Nordstrand sitzen und Pharisäer trinken – jedenfalls würdest du mit diesem Getränk deiner Linie treu bleiben.

Aber einen schönen Abgang hat dir ja nun dein Ziehsohn, der Christian von Boetticher, vereitelt. Man, den hast du ja fallen lassen wie eine heiße Kartoffel. Erst habt ihr euch gemeinsam abgeklatscht und jetzt wird er links liegen gelassen. Kein Rettungsversuch, kein Beistand – tscha, so sollst du sein, wenn dir jemand quer kommt.

Das ist nicht toll!

Dabei wollte er doch nur in deine Fußstapfen treten. Eine jüngere Frau ist heute bei euch Politikern ja in. Auch

der Altersabstand stimmt – nur er ist noch zu jung dafür. Das hat er wohl nicht richtig verstanden. Da hat dein Kumpel, der Ole von Beust aus Hamburg, besser die Kurve bekommen. Der ist erst zurückgetreten und hat dann seinen Schülerpraktikanten vorgezeigt. Vielleicht haben sich beide

auch nicht von ihrem Adelsstand so richtig lösen können – die hatten früher diesbezüglich ja so ihre Rechte.

Auch andere Politiker haben ihm ja Mut gemacht, gezeigt, dass man damit in die Schlagzeilen und in der Regel ja zu einem guten Ende kommt.

Der Herr Müntefering hat sich genau so um seine Altersvorsorge gekümmert wie der Altbundeskanzler Schröder oder unser ehemaliger Außenminister Joschka F. Letztere haben sogar mehrfach Anlauf genommen – oder getestet bis es passte. Natürlich ganz offiziell mit Trauschein und so. Dann der Herr Seehofer aus Bayern. Kaum in der Großstadt Berlin, kommt er auf dumme Gedanken. Passt noch nicht einmal auf.

Aber in Bayern, da gehen die Uhren noch anders. Der steht jetzt als fesches Mannsbild da. Jedenfalls wäre der als infarktgefährdeter Ex-Bundesminister kein Ministerpräsident von Bayern geworden.

Toll – die Bayern!

Und der sonst auch so kernige Schleswig-Holsteiner fängt plötzlich mit der Moral an. Vielleicht hatten wir auch zu viele Skandalpolitiker. So richtig Ruhe hatten wir seit Barschel ja nie. Sei es der Schöngest Engholm oder das Scheitern von Frau Simonis – um nur einiges zu nennen. Da kommen schon Zweifel beim Bürger und insbesondere bei uns rechtschaffenen Landesdienern auf.

Mit der Moral ist das natürlich so eine Geschichte. Wir von der Polizei warnen Eltern, Kinder und Jugendliche ja ständig vor den Gefahren der Internetforen. Nur kein leichtfertiges Treffen mit Internetbekanntschafte eingehenden – und dann das!

Also, wenn das so weitergeht, dann wird aus deiner Bienenzucht nichts. Dann musst du wohl noch einmal ran.

Versuch also jedenfalls noch eine Weile sauber zu bleiben!

Dein Landesdiener  
Ernst Meißner

### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 04 51/49 15 97  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. (04 31) 2 10 96 62  
Fax (04 31) 5 19 22 21

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)

ISSN 0937-4841



# Wacken 2011 – wie immer alles ruhig !



Fragt man dieser Tage den „normalen Bürger“ auf Wackens Straßen, bekommt man in der Regel zu hören „war doch wieder mal total ruhig, das Wacken-Festival“ und „die sind doch alle total nett und freundlich!“

Dem muss man als Polizeibeamter zustimmen, denn wenn man die Jahr für Jahr in das 1.800-Seelen-Dorf einfallenden Heavy-Metal-Fans so sieht, kann einem zunächst schon angst und bange werden. Umso überraschter ist man, wenn man merkt, dass man als „Sheriff“ in Uniform alleine über das Veranstaltungsgelände und die riesigen Campingflächen gehen kann, ohne verbal oder gar körperlich angegriffen zu werden. Vielmehr wird man mit dem legendären „Waaaackeeeee“-Ruf „begrüßt“ und bekommt reichlich Bier angeboten (Das würde sich auf den anschließend gefertigten Erinnerungsbildern natürlich besonders gut machen ...). So eine entspannte Atmosphäre wünscht man sich mittlerweile auf den Dorf- und Zeltfesten, die normalerweise zu unserem Dienstalltag gehören und wo man es mittlerweile vermeintlich öfter mit Schlägereien und Widerständen zu tun hat als beim Wacken Open Air. Und das, obwohl fast 100 Prozent der Besucher tagelang mindestens 1,5 Promille „auf dem Kessel“ haben. Die Grundstimmung ist trotzdem friedlich.

Selbst Rentnerehepaare scheuen mittlerweile nicht den Weg und die aufreibende Parkplatzsuche, um nur einmal das Treiben der „Langmähnigen“, schwarz Gekleideten auf der

Wackener Hauptstraße mit zu erleben. Selbst aus Reisebussen wird dieses Schauspiel mittlerweile beäugt.

Die Kollegen, die bei diesem Event schon einmal eingesetzt waren, kommen in der Regel gerne wieder. Wo kann man denn auch sonst so skurrile Typen aus allen Ländern dieser Welt sehen? Wo kommen auf so kleinem Gebiet schon nahezu 100.000 Menschen, die so gänzlich anders zu sein scheinen, friedlich zusammen.

Außerdem ist die Verpflegung, Unterbringung und Versorgung, für die der Stabsbereich 2 der PD Itzehoe mit seinen Mitarbeitern zuständig ist, mittlerweile so professionell und gut, dass es kaum Anlässe zu meckern gibt. Selbst die von Seiten des Personalrates mehrfach bemängelten langen Einsatzzeiten von teil-

weise deutlich über 12 Stunden sind für die meisten Kollegen und Kolleginnen kein Grund zum Klagen.

Soweit alles gut.

Man darf aber auch nicht die andere Seite der Medaille vergessen:

Rund 280 Mitarbeiter der Polizei Schleswig-Holstein und der Bundespolizei (plus Zoll, Feuerwehren und den anderen beteiligten Behörden) sind erforderlich, um auf dem Gelände und rund herum für Sicherheit zu sorgen.

Viele der Kollegen sind über eine Woche lang von ihren Familien getrennt und das in den Sommerferien, wo personell sowieso alles noch knapper ist.

Über 450 Einsätze mussten von den Kollegen der PD AFB vom Polizeicamp auf dem Veranstal-

tungsgelände aus abgearbeitet werden. Es wurden schon während der laufenden Veranstaltung mehr als 570 Strafanzeigen gefertigt, wobei alle „gängigen“ Delikte von Diebstahl, Körperverletzung, Widerstand, Sachbeschädigung, BTMG-Verstößen, Ingewahrsamnahmen infolge der Einnahme von Alkohol und/oder Drogen bis hin zu gefälschten Tickets vorkamen. Acht Täter konnten nach Diebstählen aus Zelten festgenommen werden.

Hinzu kamen diverse Anzeigen, die im Rahmen der Vorkontrollen festgestellt wurden (§ 24 a StVG, Drogenfunde pp).

Besonders tragisch war ein Verkehrsunfall, der sich im Anreiseverkehr ereignet hatte und bei dem eine 20-Jährige noch an der Unfallstelle verstarb, drei weitere Wacken-Fans (18 bis 20 Jahre alt) wurden schwer verletzt.

Ein weiterer Mann verstarb während des Festivals offenbar infolge Drogenkonsums.

Die Bearbeitung dieser Fälle und der Anzeigen, die von den Geschädigten nachträglich an ihren Heimatdienststellen erstattet werden und nun täglich aus dem gesamten Bundesgebiet eingehen, wird noch etliche Wochen in Anspruch nehmen. Diese Arbeit ist zusätzlich, neben der ohnehin nicht weniger werdenden Arbeit in Zeiten immer größerer Personalnot zu bewältigen.

Aber was soll's, getreu dem Motto „nach Wacken ist vor Wacken“ (die ersten Vorgespräche für Wacken 2012 laufen bereits): wie immer alles ruhig ...!

Frank Hesse, Wacken stellvertretender Landesvorsitzender DPOIG



> Delegation des Landesvorstandes DPOIG zu Besuch im Polizeicamp



# Reformopfer Mensch

Was macht man in der Landespolizei in der Zeit, in der keine Organisationsreform durchzuführen ist? Ganz klar. Man reformiert an der Organisation.

Die Unfähigkeit, zwischen zwei Reformen Phasen der Ruhe und Konsolidierung einzuhalten, ist fast schon bedenklich.

Der fast schon manische Drang, die Organisation einem stetigen Veränderungsprozess zu unterwerfen, nimmt mittlerweile fast schon komische Züge an, wenn es nicht so traurig wäre.

Im Moment stellt man fest, dass Ergebnisse früherer Organisationsreformen wieder einkassiert werden. Konkret will man auf dem „Lande“ wieder Reviere und nachgeordnete Stationen schaffen, um die Führungsspanne zu verkleinern. Die Älteren werden sich erinnern, dass man das früher schon mal hatte. Das musste seinerzeit abgeschafft werden, angeblich, um Personal für die Straße freizusetzen. Heute muss das wieder eingeführt werden, um die Besprechungsrunden klein zu halten. Wie es immer gerade so passt. Verkaufen kann man (fast) alles. Und fast schon wäre es komisch, wenn nicht damals und heute wieder etliche dienstliche Schicksale dahinter stünden. Da beschleicht einen das Gefühl, dass der Mensch in der Organisation immer weniger zählt. Reformen sind immer schmerzhaft. Deshalb sollte man sie so selten wie möglich durchführen, sie dann aber gut planen und die Erforderlichkeit transparent machen. Wenn Reformen zehn Jahre später wieder einkassiert werden, wird den damaligen Reformopfern auch noch das Gefühl gegeben,



ihr Opfer sei unnötig gewesen und nichts wert.

Nicht nur die (Zentral-)Stationen auf dem Lande werden zusammengeworfen. Auch die Fusion der Bezirksreviere mit den Autobahnrevieren wird vielerorts betrieben. Aber da gibt es regional sehr unterschiedliche Planungen. Ob Bezirks- und Autobahnreviere eigentlich wirklich funktional zusammengehören, hat man so wirklich umfassend auch noch nicht untersucht. Die Schnittmenge ist die gemeinsame Aufgabe der schwerpunktmäßigen Verkehrsüberwachung. Die Zusammenlegungen erscheinen eher dem Wunsch nach einer kleineren Führungsspanne zu entsprechen. Es würde nicht verwundern, wenn in ein paar Jahren die revolutionäre Idee käme, die autobahnpolizeilichen Aufgaben landesweit in einer Behörde zu bündeln und diese dann „VPD“ zu nennen. Groß im Rennen scheint auch die Schaffung einer spartenüber-

greifenden Ermittlungspolizei, ganz nach dem Motto der Strategie 2012, zu sein. Das so genannte „Flensburger Modell“ hat sich als erster Dominostein einer Kettenreaktion herausgestellt. Überall im Lande werden nun Sachbearbeiter schutzpolizeilicher Ermittlungsdienste den Kriminalpolizeidienststellen zugeordnet. Die Rahmenbedingungen sind zum Teil abenteuerlich und kunterbunt. Die Verfechter argumentieren mit den Vorteilen einer Kriminalitätsbekämpfung „aus einer Hand“ und den Möglichkeiten einer besseren Schwerpunktbildung. Das Personal sei einfach flexibler einsetzbar, man könne kurzfristig auf Serien und Schwerpunkte reagieren.

Völlig ungelöst bleiben aber die Fragen unterschiedlicher Spartenzugehörigkeit und der damit verbundenen Planstellenbewertung. Hat man künftig unter dem Dach einer Kriminalpolizeidienststelle eine Zweiklassenpolizei? Die Kriminalisten des gehobenen Diens-

tes mit einem bewerteten Dienstposten und die schutzpolizeilichen Ermittler im mittleren Dienst oder im gehobenen Dienst ohne Dienstposten? Wie sieht es mit kriminalpolizeilichen Bereitschaftsdiensten aus und mit dem Rückgriff der Schutzpolizei auf die „eiserne Reserve“ in den Ermittlungsdiensten? Hier gibt es keine klare Linie. Wieder hat es den Anschein, dass der Mensch in der Organisation keine große Rolle spielt. Er wird verschoben und verschaukelt, Hauptsache die Bilanz stimmt.

Die DPoIG fordert übrigens seit langem einen gemeinsamen Stellenplan-S und -K. Für vergleichbar schwere Arbeit müssen gleiche Karrierechancen entstehen. Hoffentlich kümmern sich die „Reformer“ bald mal um die Menschen in der Organisation.

*Kommentar von  
Torsten Gronau  
Landesvorsitzender DPoIG*



# Anordnungsbefugnis von Blutproben nicht mehr zeitgemäß

8

Landesverband Schleswig-Holstein

Jeder Polizeischüler in Eutin oder Student in Altenholz lernt es in einer der ersten Unterrichtsstunden des Strafprozessrechts:

Blutprobenentnahmen zur Feststellung der Fahruntüchtigkeit infolge Alkohol- oder Drogenkonsum dürfen vorrangig nur Richter anordnen. Sollten diese nicht erreichbar sein, es also „Gefahr im Verzug“ droht, können auch Staatsanwälte oder Polizeibeamte die Entnahme anordnen.

In der polizeilichen Praxis hat das über Jahrzehnte zu keinen Problemen geführt, konnte doch in den meisten Fällen die „Gefahr im Verzug“ bejaht werden. Bis im Juni 2010 das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die Polizei ausnahmslos in jedem Fall versuchen müsse, einen Richter zu erreichen.

Die Folge im zurückliegenden Jahr waren zahlreiche Fälle, in

denen bedingt durch wiederholte und oft genug erfolglose Versuche, zum Beispiel nachts oder am Wochenende, Richter telefonisch zu erreichen, zum Teil mehrere Stunden zwischen Kontrolle des Verkehrsteilnehmers und tatsächlicher Durchführung der Blutprobe durch einen Arzt gelegen haben.

Nun startete das Bundesland Niedersachsen eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Richtervorbehalts.

Nicht nur der Deutsche Verkehrsgerichtstag in Goslar und zahlreiche namhafte juristische Fachleute unterstützten diese Initiative – im Juli 2011 bezeichnete gar die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichtes, Frau Uta Fölster, die bestehende Regelung als „überflüssig“ und „überholt“.

Während die innen- und rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner

Kalinka, und der Fraktion „Die Grünen“, Thorsten Fürter, sich der Meinung der OLG-Präsidentin anschlossen und sich ebenfalls für eine Abschaffung des Richtervorbehalts aussprachen, widersprach die Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, Frau Brand-Hückstädt, vehement und mutmaßte gar, dass damit Tür und Tor für die Abschaffung weiterer Grundrechte geöffnet werde oder dies gar bei manchem Befürworter bereits im Hinterkopf sei. In der Folge verweigerte sich auf Druck der FDP die Landesregierung in Kiel der Zustimmung der Initiative im Bundesrat.

Die DPolG sieht in dem derzeitigen rechtlichen Sachstand einen Anachronismus, den es zu ändern gilt! Bei einer solchen typischen polizeilichen „Sofortmaßnahme“ ist eine umfassende und ergebnisoffene richterliche Prüfung des Sachverhaltes in der Regel nicht in Minutenschnelle möglich und zu erwarten. Das Telefonat mit dem Richter, welcher oft genug gar nicht zu erreichen ist, verkommt zu einer bloßen Forma-

lität, mit der niemandem geholfen ist.

Der kleine „Piks“ ist im Verhältnis zu dem durch Wartezeiten bedingten längerfristigen Freiheitsentzug zum Zwecke der Blutprobe ein geringerer Grundrechtseingriff, welcher ja ohnehin nur durch einen Arzt vorgenommen werden darf. Zudem leidet bei längeren Wartezeiten der Beweiswert einer Blutprobe wegen Rückrechnung und Toleranzabzügen.

Die Polizei braucht endlich praktikable Rechtssicherheit – gerade für diese alltägliche strafprozessuale Maßnahme, bei der auch weiterhin jede(r) Polizeibeamte/-in für seine Maßnahme einstehen wird und diese nachträglich überprüfbar bleibt.

Und die FDP-Landtagsfraktion wäre gut beraten, nicht nur ihre Meinung zu dem Thema zu überdenken, sondern es auch zu unterlassen, Befürwortern der Änderung unlautere Motive oder gar das geplante „Aushöhlen von Grundrechten“ zu unterstellen.

*Thomas Nommensen*

